

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

**BERLINER  
EXTRA  
DIENST**

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (Inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

23. Oktober 1968 - 85 / 11  
Einzelpreis DM 0.75

IN DIESER AUSGABE:

IRAN-KORRUPTION: SPENDEN FÜR KATASTROPHENOPFER AUF DEM BASAR VERKAUFT (SEITE 4)

MEXIKO-KRISE: GEHEN TEILE DER REGIERUNGSPARTEI ZU DEN STUDENTEN ÜBER? (SEITE 5)

APO-UMFRAGE: WO STEHEN DIE EINZELNEN GRUPPEN (SEITE 6)

NEUE ADRESSE: 1 BERLIN 31, PFALZBURGER STRASSE 20, TELEFON 86 21 89

SPD-AUSSCHLUSS: RISTOCK, BECK, GERULL OHNE ANWÄLTE

Vom kommenden Freitag bis Sonntag tagt im Zimmer 1111 des Rathauses Schöneberg (jeweils ab 9 Uhr) - für Mitglieder der SPD mit Parteibuch öffentlich - die Bundesschiedskommission der SPD, um den Einspruch der gemäßregelten SPD-Funktionäre Ristock, Beck und Gerull zu verhandeln. Die Stadträte Ristock und Beck erhielten ihre Parteiämter aberkannt, Gerull wurde aus der Partei ausgeschlossen. Der Schiedskommission gehörendie westdeutschen SPD-Mitglieder Rabus (Oberstadtdirektor in Göttingen), Riwozki (Polizeipräsident in Dortmund) und Vollmer an. Der Ex-Regierende von Westberlin, Heinrich Albertz, der ebenfalls in der Schiedskommission sitzt, wurde vom Westberliner Landesverband der SPD wegen "Befangenheit" abgelehnt; offenbar stört die Parteibürokratie, daß Albertz und Ristock gemeinsam im Bürgerkomitee sitzen, das für die Außen- und Innenpolitik Westberlins realistischere Vorstellungen als Senat und Parteiführung entwickelt haben. Aus dem Parteihauptquartier an der Müllerstraße wird bekannt, daß Ristock und Albertz im Bürgerkomitee "eine gegen die SPD gerichtete Politik betreiben". Zeugen "der Anklage" und der Verteidigung werden u. a. Bürgermeister Schütz, Innensenator Neubauer, Jugendsenator Korber, Ex-Senatorin Ella Kay, der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses gegen die APO, Löffler, der persönliche Referent von Bischof Scharf, von Wedel, und der vom Senat gefeuerte Wirtschaftsberater Kade sein. Die Bundesschiedskommission hat es abgelehnt, daß die unter Anklage stehenden SPD-Mitglieder einen Verteidiger oder Vertreter zur Seite haben können. Ristock hatte sich den SPD-Rechtsanwalt Dr. Eberhard Sommer als Vertreter bestellt.

DEMOKRATISCHER KLUB: KOSTSPIELIGE POSTWURF-SENDUNG

Der als Gegenründung zum Republikanischen Club ins Leben gerufene rechtsgerichtete "Demokratische Klub" Westberlin publiziert eine kostenlos per Postwurfsendung verschickte Zeitung, von der jetzt Nummer 2 vorliegt. Das 12seitige Produkt (Auflage ca. 20 000, Druck-, Klischee- und Papierkosten über DM 4.000) hat ein Anzeigenaufkommen

von nahezu 50 Prozent, wobei Banken, Kaufhäuser, Lebensversicherungen, Mittelstandsbetriebe, Industrieunternehmungen wie Gaststätten zu den Auftraggebern gehören. Der Textteil der "Bürger und Wirtschaft" betitelten Zeitung bewegt sich auf der Linie senats-offizieller Mitteilungen; er läßt den kalten DGB-Krieger Scharnowsky zu Wort kommen, lobt RIAS, FU-Klinikum und John-F-Kennedy-Schule und betreibt im redaktionellen Teil unerlaubte public-relations-Werbung, u. a. für eine Möbelfirma. Chefredakteur ist der zum rechten SPD-Flügel gehörende Schönthal, spiritus rector der stellvertretende Leiter des Senatspresseamtes, Senatsrat Rudolf Kettlein. Kettlein, ebenfalls der äußersten Rechten der Westberliner SPD zugehörig, ist zuständig für die offizielle und offiziöse Propagandaarbeit des Senats; u. a. ist er Chef des "Studios am Stacheldraht". Der Senatsrat, Mitverfasser von Presseerklärungen des "Demokratischen Klubs", ließ es sich angelegen sein, den Zeitungsmachern finanzielle Wege zur Verwirklichung des Projekts aufzuzeigen. Gedruckt wird das Rechtsblatt bei der Firma Büxenstein, wo bis zum aus finanziellen Gründen erfolgten Exitus das linke "EXTRA-Blatt" technisch hergestellt wurde.

#### AFFÄRE TEGEL: ERSTE ERFOLGE FÜR HÄFTLINGE

Während die Untersuchungen um die Vorfälle in der Haftanstalt Tegel, die durch Veröffentlichungen im EXTRA-Dienst (81/II und 82/II) bekannt wurden, mit einem Schleier der Geheimhaltung umgeben werden, doktern die Vollzugsbehörden und der Justizsenator an Randerscheinungen herum. Justizsenator Hoppe gab bekannt, daß die Ernährungssätze für die Strafgefangenen bei Fleisch, Wurst, Fett und Obst erhöht werden würden; dafür sollen jährlich DM 300 000 mehr ausgegeben werden. Zugleich aber soll geprüft werden, ob die Arbeitsentgelte im Gefängnis und im Zuchthaus heraufgesetzt werden können. Die Leitung der Evangelischen Kirche in Westberlin hat sich, wie aus informierter Quelle zu erfahren war, jetzt jedoch intensiv eingesetzt, um die Ermittlungen in den Gewalt- und Korruptionsfällen in Tegel zu beschleunigen. Die Katholische Kirche, die von Häftlingen ebenfalls eingeschaltet wurde, verhält sich dagegen reserviert. Der langjährige Leiter der gesamten Westberliner Häftlingsfürsorge, Pater Stromberg, verwies einen Gefangenen mit seinen Sorgen an das bischöfliche "Petrusblatt", da die Katholische Kirche in den Haftanstalten nur "für seelsorgerische Fragen zuständig" sei.

Recht seltsame Vernehmungsmethoden wendet die Kriminalpolizei zu den in EXTRA-Dienst erhobenen Vorwürfen an. So suchte ein Kriminalbeamter am Montag einen in Urlaub befindlichen Häftling, der wegen Verstoß gegen den Paragraph 175 in Tegel einsaß, in dessen Wohnung auf, um ihn als Zeugen zu vernehmen. Der Häftling erklärte, er würde lediglich vor einem Richter aussagen, der Beamte möge sich an Rechtsanwalt Mahle wenden. Darauf der Kriminalpolizist, der dem Zeugen schon zuvor zum Vorwurf gemacht hatte, daß er seine Informationen "ausgerechnet dem EXTRA-Dienst" gegeben habe: "Auch das noch." Außerdem fragte er: "Reichen Ihnen zwanzig Jahre politischer Haft eigentlich immer noch nicht?" (Der Häftling hatte von 1938 bis 1945 im KZ und Anfang der fünfziger Jahre wegen Zugehörigkeit zu einem antikommunistischen Kampfbund längere Zeit in DDR-Gefängnissen gesessen).

#### AFFÄRE LOWKA: ERSTAUNEN IN DER SPD-FRAKTION

Als Zeitzünder wirkte die von EXTRA-Dienst am vergangenen Sonnabend mitgeteilte Tatsache, daß die Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Abgeordnetenhauses, Edith Lowka (SPD), eine Stellung im Architektenbüro Zschach-Kressmann angenommen habe. In der SPD-Fraktion war die neue Position Lowkas, die eine Interessenkollision befürchten läßt, offenbar weitgehend unbekannt. Sie will nun überprüfen, was Frau Lowka im Büro Zschach-Kressmann "im einzelnen tue". Die Abgeordnete erklärte selbst zynisch: sie wäre glücklich, wenn die etwaige Unvereinbarkeit des Abgeordnetenmandats mit der beruflichen Tätigkeit auch bei den übrigen 136 Abgeordneten des Westberliner Parlaments untersucht würde. - Die Westberliner Zeitungen griffen in ihren Dienstausgaben den Vorfall auf, ohne zu erwähnen, daß der Lowka-Stellungswechsel erst durch eine EXTRA-Dienst-Veröffentlichung bekannt wurde.

-----  
VERANSTALTUNGEN (REPUBLIKANISCHER CLUB)

DONNERSTAG, 24.10., 20 Uhr: Der Arbeitskreis der Sozialpädagogen veranstaltet einen öffentlichen Diskussionsabend über "Grundsätze tiefenpsychologischer Kindererziehung und ihre Anwendung in der Kindertagesstätte". Es referiert Dr. Josef Rattner.

FREITAG, 25.10., 20 Uhr: Clubdiskussion über die Justizkampagne.

SONNABEND, 26.10., 18 Uhr: Vorbereitendes Treffen der Teilnehmer an der Vietnam-Aktion im Republikanischen Club.

MONTAG, 28.10., 20 Uhr: Die "Demokratische Aktion" veranstaltet eine Podiumsdiskussion zum Thema: "Neonazismus nach Auflösung der NPD".

TERMINE

MONTAG, 28.10., 20 Uhr: Moderne Lyrik der CSSR wird von Mirjam Treitel und Wilfried Norden im theater 57 im Reichskabarett gelesen.

-----

DEUTSCHLAND-STIFTUNG: PREISTRÄGER LOBT NS-JUGEND

Der 1967 von der bereits mehrfach wegen rechtsextremistischen Dralls angegriffenen Deutschland-Stiftung mit dem Konrad-Adenauer-Preis ausgezeichnete Schriftsteller Bernt von Heiseler widmete der neonazistischen Sammeljugend "Bund heimattreuer Jugend" (BHJ) folgenden Vers: "Junge Wächter mit der Fackel. Wir pflanzen auf dem Markt das Mahnbild ein, Wahrzeichen eures Ruhms, den ihr verkennt. Und wachen hier. Vergebens? Es mag sein. Geht nur. Es nachtet. Unsere Fackel brennt." Anlaß des Huldigungsverses war der Bundesjugendtag des BHJ am vergangenen Wochenende. Unter den Mitgliedern und Förderern der "Deutschland-Stiftung" befinden sich zahlreiche führende CDU-CSU-Politiker, so der bayerische Landesminister Hundhammer. 1968 gab es um den Adenauer-Preis bundesweite Erregung, nachdem der wegen seiner Querverbindungen zur NPD-Zeitung "Deutscher Studenten-Anzeiger" bekannte Publizist Dr. Emil Franzel Preisträger geworden war.

OFFENBACH: BUNDESKONFERENZ DER DKP AM SONNTAG

Am kommenden Sonntag, 27. Oktober, 10 Uhr, findet in der Offenbacher Stadthalle (Waldstraße 312) die erste Bundeskonferenz der Deutschen Kommunistischen Partei statt. An der Konferenz werden etwa 500 Mit-Vertreter der in den einzelnen Städten und Betrieben gebildeten Vorbereitungsausschüsse teilnehmen. Die Bundeskonferenz ist öffentlich und soll der Vorbereitung und Einberufung des ersten Parteitages der DKP dienen. Auf diesem Parteitag sollen Statut und Programm der Partei beraten und verabschiedet werden.

NÜRNBERG: EIN BUNDESPRÄSIDENT WIRD BESCHLAGNAHMT

Im Zentrum Nürnbergs, am Josephsplatz, wurde der amtierende Bundespräsident Dr. h. c. Heinrich Lübke in zweifacher Ausführung von zwei Kriminalbeamten beschlagnahmt. Es handelte sich um eine Beilage der Westberliner Zeitschrift "ergo", die Lübke - wie andere Politiker - als Hampelmänner zum Ausschneiden geliefert hatte. Die Beamten: "Das kann Sie teuer zu stehen kommen, wenn Sie diese Dinger verkaufen." Der persönliche Referent Lübkes auf Anfrage: "Ich halte es für ausgeschlossen, daß der Bundespräsident seine Zustimmung zu einem Verfahren geben wird."

WITZ DER WOCHE

"Die staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe des Bezirks Potsdam wollen in den nächsten Wochen 4300 Hasen fangen und nach Frankreich exportieren. Dort sollen die Zonenhasen zur Blutauffrischung der eigenen Bestände dienen." ("Situationsbericht" vom 9.10.1968, herausgegeben vom Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen).

## KÖLNER JUSTIZ: BUNDESWEHR IM ZUHÖRERRAUM

Der teilweise Ausschluß der Öffentlichkeit bei Prozessen gegen APO-Anhänger ist inzwischen bei fast allen Gerichten in der Bundesrepublik nach Westberliner Vorbild üblich. So waren bei einem Verfahren gegen den AStA-Vize der Universität Köln, Steffen Lehn-dorff, und zwei weitere Studenten die etwa 25 Plätze im Zuhörerraum zur Hälfte von Bundeswehrsoldaten mit Einladungskarten besetzt. Außerdem wurde an diesem Verhandlungsvormittag jedem der Zutritt zum Amtsgericht Köln verweigert, der keine Vorladung vorweisen konnte. Bis zum Prozeßende parkten zwei Löschzüge der Feuerwehr am Appellhof-Platz. Lehn-dorff und die Mitangeklagten Hartmann und Bubenberger wurden von der Anklage der Nötigung und des Aufruhrs freigesprochen. Sie hatten bei einer gemeinsamen Veranstaltung von Ford-Arbeitern und Studenten drei Beamte der politischen Polizei zum Verlassen des Saales aufgefordert.

## IRAN: SCHAH-REGIME VERHINDERT HILFE FÜR ERDBEBEN-OPFER

Von der iranischen Studentenvereinigung in Westberlin ist zu erfahren, daß die persische Botschaft die Hilfsvorschläge der Studenten für die Opfer der Erdbebenkatastrophe abgelehnt hat. Wie berichtet (78/II) war von der Konföderation Iranischer Studenten über eine halbe Million Mark in Geld- und Sachspenden gesammelt worden, deren Verteilung von einer 30 bis 50köpfigen Delegation von Ärzten und Ingenieuren an Ort und Stelle kontrolliert werden sollte. Außerdem sollte durch diese Delegation für die ärztliche Betreuung der Opfer und für den Bau von winterfesten Unterkünften gesorgt werden. Die Kontroll- und Hilfsmaßnahmen schienen der Konföderation aufgrund ihrer Erfahrungen aus dem Jahre 1962 notwendig, als umfangreiche Mittel für die Opfer der Erdbebenkatastrophe im Gebiet von Ghaswin gesammelt worden waren: Die Sachspenden wurden damals nach den Gesetzen der "freien Marktwirtschaft" auf dem Bazar verkauft. Über studentische Organisationen kamen wenigstens die gestifteten Gelder in die richtigen Hände. Heute, so berichtet die Konföderation, ist auch dieser Weg versperrt. Die persische Botschaft lehnte den Vorschlag, eine Kommission in das Katastrophengebiet einreisen zu lassen, ohne Begründung ab. Daraufhin nahm die Konföderation Verbindung mit dem Internationalen Roten Kreuz und dem Weltkirchenrat auf, um eine gemischte Kommission von Vertretern dieser Organisationen bilden zu können. Doch auch dort lag schon eine Ablehnung der Regierung des Iran für die Einreise von Hilfskommissionen vor. Nach einem Bericht der Zeitschrift "Tehran Economist" sterben immer noch täglich Hunderte der über 100000 Obdachlosen in den betroffenen Gebieten an Entkräftung und Hunger: Winterliche Kälte, schlechte und unzureichende Ernährung, drohende Epidemien und die fehlende Möglichkeit, durch Landbestellung zumindest die künftige Lebensgrundlage zu sichern, sind nach dem Bericht dieser Zeitschrift die Haupterschwerisse. In der Situationsschilderung der Konföderation iranischer Studenten (CIS) heißt es:

"Die Regierungsstellen betrachten ihre Hilfsmaßnahmen als abgeschlossen. Die Bauern aber, die schon immer verschuldet waren, können unter diesen Umständen ihren Schuldenberg noch weniger abtragen. Statt einer Hilfe schicken die Banken ihnen Zahlungsbefehle und Vollstreckungsbeamte - unter dem Schutz der Gendarmerie - ins zerstörte Haus. Die Sammelaktion der CIS hat bisher beachtliche Summen an Geld, 50 Tonnen Kleidungsstücke und mehrere Tonnen Medikamente erbracht. Aus den oben angeführten Erwägungen heraus ist die CIS nicht bereit, diese Spenden dem Regime zu übergeben, doch erscheint es uns angesichts der Notlage um so dringlicher, den Betroffenen so schnell wie möglich Hilfe zukommen zu lassen. Alle bisher unternommenen Versuche, selbst oder in Gemeinschaft mit karitativen Organisationen die Verteilung der Spenden vorzunehmen, sind an der Weigerung des korrupten Regimes gescheitert. Die CIS und ihre Mitglieder folgern aus dieser Erfahrung, daß ihre Hauptaufgabe nicht allein darin bestehen muß, den von der Naturkatastrophe betroffenen 100 000 Obdachlosen zu helfen, sondern den Kampf gegen das Ausbeuter- und Gewaltregime in Persien zu verstärken, um 26 Millionen Verelendete von Hunger, Unterdrückung und Tyrannei zu befreien. Als ersten Schritt beabsichtigt die CIS eine internationale studentische Kommission zu bilden, die ihrerseits das Regime durch Aktionen dazu veranlaßt, die Verteilung der Spenden unter maßgeblicher Beteiligung der CIS zuzulassen."

## MEXIKO: DIE KRISE WURDE NUR VERTAGT

Informationen aus Mexiko besagen, daß die Staatskrise, die durch Studenten- und Arbeiterdemonstrationen sichtbar geworden war, während der Olympischen Spiele nur vertagt worden ist. Die Studentenschaft und die Arbeiter betrachten die Vergabe der Olympischen Spiele an Mexiko weithin als "nationale Ehre"; die nationalistische Variante der sozialen Revolution steht in Mexiko wie in anderen kapitalistisch-imperialistisch unterdrückten Staaten im Vordergrund. Kurz vor Beginn der Olympischen Spiele schlug sich der nun ehemalige Vorsitzende der regierenden Konstitutionellen Revolutionären Partei (PIR) auf die Seite der Protestanten: Carlos A. Madrazo, bis 1956 Chef der PIR, hat innerhalb der Partei noch eine starke Anhängerschaft. Politische Beobachter in Mexiko schließen daraus, daß es innerhalb der PIR - der quasi einzigen legalen Partei des Landes - zum Bruch kommen wird; ein Bürgerkrieg wäre dann nicht ausgeschlossen. Die Beobachter erwarten das neue Aufflammen der Auseinandersetzungen für die Zeit nach dem 30. Oktober.

## OLYMPIAWITZ DER WOCHE

In einem vorwiegend in westdeutschen Rundfunksendern gespielten Uraltschlager mit modernem anglo-amerikanisch gesungenen Text heißt es: "They give me a medal of gold for each kiss I give to a Mexican miss" (Sie geben mir eine Goldmedaille für jeden Kuß, den ich einer Mexikanerin gebe).

## BÄRMEIER UND NIKEL: AB NOVEMBER EIN SCHÜLERMAGAZIN

Die "Pardon"-Verleger Erich Bärmeier und Hans A. Nickel steigen jetzt ins Schülergeschäft ein. Am 11. November erscheint die erste Nummer von "Underground". Untertitel: "Deutschlands Schülermagazin". Startauflage: 120 000 (davon 10 000 in Westberlin). Umfang: 64 Seiten, teilweise in Farbe. Format: "Spiegel"-Größe. Preis: 1,80 DM. Erscheinungsweise: monatlich. Die Chefredaktion haben die Film- und Plattenproduzenten Hans Hermann Köper (früher Chef der Textredaktion von "twen") und Gerhard Schmidt übernommen. Beide sehen in "Underground" zugleich auch ein Aktionszentrum für antiautoritäre Schüler. So soll eine "Zentralkartei für Lehrerverbrechen" eingerichtet und monatlich "ein Wanderpokal für Prügel-Pädagogen", ein goldener Schlagring, verliehen werden. Für den Totensonntag ruft die Redaktion in ihrer ersten Nummer zu einem Go-in auf Deutschlands Friedhöfe auf, "um die bürgerliche Fassade dieses Tages zu durchbrechen", wie Schmidt dem EXTRA-Dienst auf Anfrage erklärte: In Westberlin will man sich an Schlieffens Grab auf dem Invalidenfriedhof treffen. Mit dieser Aktion gekoppelt ist eine Art Fotowettbewerb von Aufnahmen, die Verfassungsschützer und Beamte der politischen Polizei während dieses Go-ins zeigen. Die Redaktion des neuen Bärmeier-Nikel-Projekts sitzt in Köln (Telefon 0221/ 21 87 58).

## EVANGELISCHE JUGEND: LANZE FÜR ROCKERS GEBROCHEN

"Eine neue, verständnisvollere Sozialpädagogik" für die sogenannten Rocker haben Vertreter der Evangelischen Jugend in Hamburg in einem Aufruf an die Öffentlichkeit verlangt. In der Stellungnahme heißt es: "Solange in Schule und Gesellschaft immer noch der Typ des gehobenen Bürgertums als Standard vorherrscht, braucht man sich nicht zu wundern, daß viele Jugendliche, die dieser Norm nicht entsprechen können, ihre Mißerfolgserlebnisse anderweitig kompensieren. Das Idealbild des konsumierenden und angepaßten Bürgerlichen ist eine laufende Vergewaltigung vieler junger Menschen, von denen manche eben dadurch zur Gewalt getrieben werden." Neben diesem Aufruf für "eine gerechtere und sachlichere Behandlung des Problems der Rocker, d.h. eine Behandlung ohne Emotionen und Vorurteile" hat sich das Jugendpfarramt in Hamburg an die Senatorin der Jugendbehörde gewandt und darauf hingewiesen, daß undifferenzierte Veröffentlichungen der Presse über Gewalttätigkeiten junger Menschen diese zu Protest und Schlägereien erst provozierten. In Hamburg war es hauptsächlich die "Bild"-Zeitung, die durch ihre teilweise aus der Luft gegriffene Berichterstattung über Rocker überhaupt erst ein Roker-Problem geschaffen hatte. In Westberlin ist eine ähnliche Entwicklung zu beobachten.

## AUSS: GEGENSCHULE MIT HAPPENINGS GEPLANT

Mitglieder der Aktionsgemeinschaft unabhängiger und sozialistischer Schüler (AUSS) kündigten in Westberlin die Gründung einer "Gegenschule" an, die mit einem nicht genauer definierten "happeningartigen Unterrichtsprogramm" das "autoritäre Schulsystem lächerlich machen" will. Für den "Lehrplan" stehen unter anderem Filme zur Verfügung, die Titel wie "Technik der Agitation", "Besetzung und Bestreikung von Schulen", "Die rechtliche Lage des Schülers" tragen. Auch Filme mit Sex-Themen sind im Programm, darunter ein Streifen "Antikonzeption und oralsexualer Verkehr". Die Ziele der sozialistischen Schüler sollen auch in einem demnächst im Rowohlt-Verlag erscheinenden Taschenbuch propagiert werden. Unter dem Titel "Kinderkreuzzug oder Beginnt die Revolution an den Schulen" sollen Theorie und Praxis der AUSS von sechs Schülern beschrieben werden.

## HINWEISE

DEUTSCHLANDLIEDER ZUM LEIERKASTEN hat Arno Reinfrank geschrieben und von Uwe Witt, einem Westberliner Grafiker, illustrieren lassen. Das Satirenbuch ist über den Total-Büchershop in l Berlin 41, Bennigsenstraße 13, zu beziehen.

DER RC ERLANGEN, 852 Erlangen, Hindenburgstraße 17, bittet um Aufnahme dieses Hinweises: Um Informationsaustausch und Koordinierung der süddeutschen Republikanischen Clubs herzustellen, ersucht der RC Erlangen um Zusendung der (häufig wechselnden) Adressen und Rundbriefe aller bayerischen und baden-württembergischen Clubs.

IN LEVERKUSEN wollen Mitglieder des RC Köln einen eigenen Republikanischen Club gründen, der sich speziell mit Problemen der Stadt (Bayer-Werke) beschäftigen wird. Die Gründungsversammlung soll Mitte November stattfinden. Interessenten wenden sich an Dietmar Nowotzyn, Unstrutstraße 31, Telefon 214 89.

## EXTRA-DOKUMENTATION

### WESTBERLINER APO-GRUPPEN ÜBER IHREN STANDORT

Der Westberliner Journalist Peter van Spall hat sich die Mühe gemacht, alle Gruppen und Verbände der Außerparlamentarischen Opposition mit einem Fragebogen zu bedenken, in dem nach ihrem Standort innerhalb der APO gefragt wird. Bedauerlicherweise haben wichtige APO-Gruppen nicht geantwortet, so nicht der SDS, nicht der LSD und nicht die verschiedenen Studentenvertretungen an den Hochschulen. Andererseits zeigt die gerade von kleineren Gruppen beantwortete Umfrage, daß die Außerparlamentarische Opposition breiter ist, als vielfach angenommen, und daß es doch mehr Gemeinsamkeiten gibt als trennende Positionen. Andererseits offenbaren manche Antworten, daß einige APO-Gruppen sich von den Wort- und damit Denkklišees der herrschenden Staats- und Gesellschaftsmacht nicht zu trennen vermochte; es zeigt sich da und dort auch Unvermögen, Einzelfakten in einen politischen Gesamtzusammenhang zu stellen, zuweilen auch schlichte Desinformiertheit.

Aus redaktionellen Gründen veröffentlichen wir die Antworten der einzelnen Gruppen leicht gekürzt, beziehungsweise sind einzelne Antworten des besseren Zusammenhangs wegen zusammengezogen. Eine Frage und die dazu eingegangenen Antworten - die Notstandsgesetzgebung betreffend - wurde aus der Dokumentation gestrichen; sie betrifft die derzeit nicht aktuellen Fragen von "Gewalt" und "Gegengewalt". Die Umfrage wurde im Sommer dieses Jahres durchgeführt; die Antworten gingen im Juni und Juli 1968 ein und wurden jetzt ausgewertet. EXTRA-Dienst veröffentlicht in dieser Ausgabe den ersten Teil der Umfrage. Der zweite Teil folgt in einer der nächsten Nummern.

FRAGE 1: Nennen Sie uns einige der wichtigsten Punkte Ihres Programms, das Sie innerhalb der APO vertreten.

FALKEN (Antworten Heinz Beinert, Landessekretär): Die APO ist keine dauernde und geschlossene Organisation. Sie hat deshalb auch kein Programm. So gesehen haben unse-

re Genossen, die einen Teil unseres Verbandes bei der APO repräsentieren, dort auch noch keine "Programmpunkte" eingebracht. Bei notwendigen Anlässen finden wir uns mit anderen Organisationen zur Aktion zusammen, wie z. B. nach dem Attentat auf Rudi Dutschke und zum 1. Mai.

AUSS - sozialistische Schüler und Lehrlinge (Antworten: Ezra Gerhardt): Als Marxist strebe ich eine revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft zum Zwecke der Emanzipation des Menschen an. Revolution aber impliziert die Anwendung von Gewalt. Für eine sozialistische Übergangsgesellschaft sehe ich noch immer die Möglichkeit der Diktatur des Proletariats und der sich mit dessen Interessen identifizierenden Individuen - vertreten durch eine im Ansatz rätedemokratisch strukturierte Kommunistische Partei, die in einem späteren Stadium der revolutionären Entwicklung zu schaffen wäre.

DEUTSCHE PFADFINDERSCHAFT ST. GEORG (Politischer Arbeitskreis des katholischen Verbandes, Antworten: Michael Ehrke): Es gilt, einen von der christlichen Utopie her gesteuerten demokratischen Sozialismus herbeizuführen. Zunächst aber muß eine Bewußtseinslage der Lohnabhängigen, Schüler, Studenten und sonstiger Eliten erreicht werden, die eine breite Basis der Bewegung garantiert. Wir im Jugendverband erfüllen daher zunächst eine Randfunktion, indem wir zur Aufklärung über den gesellschaftlichen Immobilismus und seine wirtschaftlichen und politischen Hintergründe beitragen, indem wir konkret antiautoritäres Verhalten und Veränderung einüben. Unser politisches Handeln beschränkt sich also zunächst darauf, den Raum frei zu kämpfen, aus dem der Bewegung neue Kraft zuwachsen mögen. Dies ist aber eine Kampfansage der Bevormundung durch die kirchliche Hierarchie und ihre irrationalen Privilegien, gegen jede "Erziehungsdiktatur", durch die die Jugend auf ein bestimmtes Gesellschaftsbild hin manipuliert oder zur Anpassung gezwungen werden soll, also auch gegen die Monopolisierung der Jugendpresse durch Springer (bisher viel zu wenig beachtet), letztlich eine Kampfansage jeglichem apolitischen Verhalten der Jugendverbände, die heute doch noch Millionen Mitglieder haben.

CHRISTLICHER FRIEDENSDIENST (Arbeitskreis Verständigungshilfe, Antworten: Klaus Ehrler): Vom CFD Westberlin ist der AK VH zur APO zu rechnen. Der AK VH bemüht sich um eine spezifische Westberliner Friedenspolitik, um eine Friedenspolitik von Westberlinern für Westberliner, d. h. um die Schaffung informatorischer Voraussetzungen unter christlich engagierten Bevölkerungskreisen für ihr besseres und qualifiziert verstärktes Friedensengagement im Rahmen und im Interesse des problematischen Gemeinwesens Westberlin. Demokratisierung im Innern, Verständigung nach außen, insbesondere zum einzigen Direkt-Nachbarn DDR, grundsätzliche Reflexionen und Analysen zu Fragen friedlich praktikierbarer Zukunftsentwicklungen mit besonderen lokal- und regionalpolitischen Bezügen werden und wurden in Seminaren, Diskussionen, Vortrags- und Podiumsgesprächsveranstaltungen, z. B. mit dem früheren Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz, vertreten, entwickelt, argumentativ unterbaut und als Postulat gesellschaftlicher Auseinandersetzung verkündet. Der spezifisch detaillierteste Beitrag dieser Arbeit war der Entwurf eines Normalisierungs-Abkommens zwischen dem Senat von Westberlin und der Regierung der DDR, der im Verlauf der APO-Aktion zur DDR-Anerkennung als Flugblatt verbreitet und in der Evangelischen Akademie im Rahmen einer Vortragsveranstaltung bekanntgegeben und begründet wurde.

SOZIALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND (Antworten: Langenbach): Von der prinzipiellen Opposition zur SPD-Politik ausgehend sieht der SHB seine spezielle Aufgabe innerhalb der APO darin, die lohnabhängigen Mitglieder der SPD über die Integrationsfunktion der SPD-Politik in das herrschende System aufzuklären. Während der SDS hauptsächlich versucht, bewußtseinsbildend - im Sinne von Aufklärung über den gesellschaftlichen Standort des einzelnen und über das gesellschaftliche Interesse der entsprechenden Gruppe - in die Gewerkschaften hineinzuwirken, versucht der SHB diese Aufgabe innerhalb der SPD-Mitglieder zu lösen, da dort sowohl ein Potential besteht, das nicht einfach ausgeklammert werden darf, als auch der SHB derzeit die einzige Gruppierung der APO ist, die diese Aufgabe übernehmen kann. Es gilt, durch Aufklärung und konkrete politische Kampagnen Bewußtsein an der Basis der SPD darüber herzustellen, daß eine Partei,

die die Interessen der Lohnabhängigen vertritt, zwangsläufig antikapitalistisch sein muß, und daß Antikapitalismus und Integration in das herrschende kapitalistische System einander ausschließen.

Bei der Frage, wie man dieses Bewußtsein schafft, um es dann in die Realität umzusetzen, stellt sich für die Verbände der APO die Frage nach der Dialektik von Reform und Revolution. Revolution kann heute in ihrer zeitlichen Komponente nicht mehr kurzfristig verstanden werden. Wer auf die Situation für den einen großen Umsturz wartet, hindert sich daran, in der Gegenwart politisch aktiv zu sein. Wer glaubt, nur durch Bewußtseinsbildung die revolutionäre Situation schaffen zu können, übersieht, daß die Differenz von Bewußtsein und Realität ein gewisses Maß nicht übersteigen darf. Denn sonst erliegt das Bewußtsein den Einflüssen der Realität, der einzelne paßt sich an, oder er behält sein Bewußtsein und zieht sich in die "innere Emigration" zurück. Wir verstehen Revolution als qualitative, auf die im sozialistischen Sinne betriebene Folge von Reformen.

NEUER ROTER TURM - sozialistische Schülergruppe (Antworten: Peter Brandt): Die Gruppe versteht sich als einender Kerne, aus denen sich die revolutionär-sozialistische Organisation der Jugend entwickeln wird. Daher arbeitet sie in Schüler- und Berufsschüler-Aktionsgruppen an Schulen und Betrieben, im SDS und in den "Falken", um in Zusammenarbeit mit verwandten Gruppen und Individuen eine revolutionär-marxistische Tendenz auf BRD-Rahmen zu begründen helfen. In der theoretischen Diskussion stützt sich die Gruppe auf die revolutionären Traditionen der Arbeiterbewegung und deren bedeutendste Verfechter im 20. Jahrhundert: Lenin, Luxemburg und Trotzki. Als Marxisten kämpfen wir für den Sturz des Kapitalismus und die Diktatur des Proletariats als Vorbedingung der klassenlosen Gesellschaft. Wir meinen, daß die Internationalisierung des Kapitals und die Tatsache, daß der Imperialismus seinen Kampf global führt, alle Vorstellungen vom "Sozialismus in einer Stadt" (Westberlin) als kleinbürgerliche Illusion entlarven. Ein sozialistisches Westberlin ist nur denkbar als unmittelbares Vorspiel der sozialistischen Revolution in ganz Deutschland.

EUROPÄISCH-FÖDERALISTISCHER STUDENTENVERBAND - EFS (Antworten: Otfried Scholz): Die Ausgangssituation ist gekennzeichnet durch die spätkapitalistische Industriegesellschaft im Westen und durch "aufbrechende" sozialistische totalitäre Gesellschaften im Osten Europas. Die strukturellen Probleme der spätkapitalistischen Industriegesellschaft liegen in der Konzentration der ökonomischen und politischen Macht ohne entsprechende gesellschaftlich-politische Kontrollen. Das Problem des Parlamentarismus stellt sich als das eines bloßen institutionellen Überbaus über weitgehend unkontrolliert bleibenden gesellschaftlich-politischen Prozessen und Entscheidungen. Diese Erscheinungen begünstigen eine "Verkrustung" der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Strukturen und eine Perpetuierung der gegenwärtigen Machtverhältnisse. Die gesellschaftspolitische Zukunft Europas kann nur in einem "offenen" Europa liegen - "offen" nicht nur im geographischen sondern auch im gesellschaftlichen Sinne. Dieses "offene" Europa fordert die Öffnung nach Osten nicht um der Schwächung, sondern um der "Liberalisierung" des Kommunismus und um unserer eigenen Demokratisierung willen.

AKTIONSGEMEINSCHAFT UNABHÄNGIGER DEUTSCHER (AUD, Antworten: Dieter Kersten): In unserem "Programm für Deutschland" fordern wir in großen Leitlinien ein neues wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Ordnungsbild. Dazu gehören: Rahmenplanung auf der Grundlage einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung; eine dem Volksganzen verantwortliche Selbstverwaltung der Wirtschaft; einen Wirtschafts- und Sozialrat als zweite Kammer; Beseitigung der politischen Vormachtstellung des Großkapitals durch Wirtschaftsdemokratie; Verantwortungseigentum an Grund und Boden und Produktionsmitteln anstatt Privateigentum; Partnerschaftssystem im industriellen Betrieb als eine moderne Form einer Betriebsgenossenschaft.

HUMANISTISCHE UNION (HU, Antworten: Rolf Hildebrand): Man kann die Humanistische Union nur bedingt zur Außerparlamentarischen Opposition zählen. Sie arbeitet mit allen Kräften außerhalb und innerhalb der Parlamentsparteien zusammen, die radikal-demokratisch die Entwicklungstendenzen in der BRD in Richtung eines totalitären Obrigkeitsstaates bekämpfen. Die HU setzt sich für die Chancengleichheit im Bildungswesen, eine



demokratischere Erziehung in den Schulen und den Abbau autoritärer Strukturen in den Universitäten und der übrigen Gesellschaft ein. Sie bekämpft alle Versuche von Interessengruppen und Staatsgewalt, die Meinungs- und Informationsfreiheit einzuschränken, mißliebige Minderheiten zu unterdrücken und die Rechtsstaatlichkeit auszuhöhlen. Die HU bemüht sich, die Zahl der wachen und kritischen Staatsbürger in unserem Lande durch vielfältige Aufklärungsarbeit zu vergrößern.

DEUTSCHE JUNGDEMOKRATEN (DJJ, Antworten: Axel Kammholz): Wir erkennen die Berechtigung vieler Forderungen der APO an, wollen aber verhindern, daß die außerparlamentarische Opposition zu einer antiparlamentarischen wird.

FRAGE 2: Sind Sie für eine Sozialisierung aller bzw. einiger Teilbereiche der Wirtschaft, oder entwickeln Sie eine eigene Vorstellung zur demokratischen Neuordnung unserer Gesellschaft?

FALKEN: Wir treten ein für eine Veränderung der Gesellschaft in eine sozialistische Demokratie. Das schließt natürlich ein die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und deren Selbstverwaltung durch die Produzenten. In welcher Form die werktätigen Massen in einer neuen Gesellschaft ihren direkten Einfluß ausüben, darüber gibt es auch bei uns unterschiedliche Auffassungen. Aber es gibt bei uns beispielsweise Diskussionen über Rätedemokratie. Ich persönlich glaube, daß das Rätensystem die demokratischste Form der Selbstverwaltung in der sozialistischen Gesellschaft ist.

AUSS: Ich bin für die Sozialisierung aller Industrien und der großen Bauernhöfe. Erscheinungen wie Kleinhändler und Kleinbauern werden entweder zuerst durch Diskussion von einer rationelleren Verfahrensweise überzeugt oder das Problem wird durch die wirtschaftliche Entwicklung (Konzentrationserscheinungen) von selbst aufgehoben.

DEUTSCHE PFADFINDERSCHAFT ST. GEORG: Eine schöpferische Entfaltung des Einzelnen wird nur möglich, wenn er eine wirksame Kontrolle über die Produktionskräfte ausübt und selbst an der Verteilung des Reichtums beteiligt ist. Dies dürfte nicht einfach mit Sozialisierung im Sinne von Verstaatlichung oder mit qualifizierter Mitbestimmung zu erreichen sein. An die Stelle der privat- oder staatskapitalistischen Unternehmensführung sollte in allen Bereichen der Wirtschaft ein Rätensystem von Arbeitern und Angestellten eingeführt werden. Dies widerspricht nicht dem Privateigentum, sondern nur der politischen de-facto-Definition von Privateigentum als dem Riesenkapital einiger weniger.

CHRISTLICHER FRIEDENSDIENST: Die Großindustrie, die ohnehin aus Steuermitteln Investitionshilfen bekommt, sollte schrittweise in fünf bis zehn Jahren sozialisiert werden. Der Handel und die Kleinindustrie sollen privat bleiben oder "halbsozialisiert", d.h. mit gesamtgesellschaftlicher Kapital- und Investitionsbeteiligung, weitergeführt werden. Qualifizierte Mitbestimmung je nach Experten- und Abnehmerkompetenz soll zu einer spezifischen Wirtschaftsdemokratisierung führen.

SOZIALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND: Es ist den Politikern der Bundesrepublik nach 1945 gelungen, die Bedeutung des wirtschaftlichen Bereichs für die Struktur der Gesellschaft herunterzuspielen und so im Bewußtsein des einzelnen eine Trennung zwischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung herbeizuführen. Der einzelne empfindet nicht den Widerspruch zwischen seiner Situation am Arbeitsplatz, die von autoritären Abhängigkeitsverhältnissen bestimmt ist, und der gesellschaftlichen Ordnung, die sich scheinbar demokratisch organisiert. Um diesen Widerspruch aufzulösen, ist eine Selbstbestimmung des einzelnen am Arbeitsplatz notwendig, die die Demokratie, die heute nur als abstraktes politisches Bewußtsein in den Köpfen einiger besteht, für jeden in seinem entscheidenden Bereich, am Arbeitsplatz, verwirklicht. Diese Selbstbestimmung, die Sozialisierung bedeutet, muß, will sie sich nicht als Spielwiese weniger Engagierter oder in Verbänden und Gewerkschaften organisierter Funktionäre darstellen, in allen Bereichen der Wirtschaft verwirklicht werden.

NEUER ROTER TURM: Die Sozialisierung der Wirtschaft entreißt der Bourgeoisie die Macht und schafft somit die Voraussetzung für eine herrschaftslose Organisation der Gesellschaft. Das Absterben des Staates erfolgt jedoch nicht automatisch, sondern nur dann, wenn die Räte als Träger der proletarischen Demokratie von Organen der Doppelherr-

schaft zu Machtorganen der neuen Staatsmacht werden und dadurch der bürokratischen Entartung des Arbeiterstaates einen Riegel vorschieben.

EUROPÄISCH-FÖDERALISTISCHER STUDENTENVERBAND: Einige Teilbereiche der Wirtschaft sind zu sozialisieren, bei anderen sollte das Prinzip der Vergenossenschaftlichung erwogen werden.

AUD: Wir sind für eine Sozialisierung der Grundstoffindustrie, wo es im volkswirtschaftlichen Interesse notwendig und sinnvoll ist. Wir treten für Nationalisierung marktbeherrschender Monopole ein. Die Demokratisierung im gesellschaftspolitischen Raum muß analog zur Demokratisierung im Betrieb erfolgen. Parteien können und dürfen nicht Monopole der politischen Willensbildung sein. Die Diskussion über einen möglichen Modus der Abwahl eines Abgeordneten wird in der AUD noch diskutiert. Der Wegfall der 5%-Klausel und die Möglichkeit der Wahl von nicht parteigebundenen Kandidaten ist eine selbstverständliche Forderung.

HUMANISTISCHE UNION: Die HU hat bisher zu Fragen der Sozialisierung keine eigenen Vorstellungen entwickelt. Die aus anderen Ländern, insbesondere der östlichen Hemisphäre, bekanntgewordenen Beispiele durchgeführter Sozialisierung beweisen, daß allein dadurch keine demokratische Neuordnung der Gesellschaft zu erreichen ist. Andererseits kann nicht übersehen werden, daß in unserer derzeitigen Gesellschaftsform noch keine befriedigenden Kontrollen gegen den politischen Mißbrauch wirtschaftlicher Macht eingebaut sind.

DEUTSCHE JUNGDEMOKRATEN: Wir sind gegen eine Sozialisierung auch von Teilbereichen der Wirtschaft und haben eigene Vorstellungen zur demokratischen Neuordnung der Gesellschaft entwickelt.

FRAGE 3: Wie beurteilen Sie die sozialistische Praxis der kommunistisch regierten Länder? (die Fragen wurden vor dem 21. August, dem Tag der Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR, beantwortet).

FALKEN: Zur sozialistischen Praxis gehört nicht nur die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Von einer sozialistischen Gesellschaft kann man erst sprechen, wenn die Massen auch die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben, und diese nicht durch eine kaum kontrollierte Bürokratie "verwaltet" werden. So gesehen ist es in den Arbeiterstaaten noch ein weiter Weg zur sozialistischen Demokratie, und man darf gespannt die weitere Entwicklung in der CSSR beobachten.

AUSS: Äußerst kritisch stehe ich den sozialistischen Staaten des gemeinhin so genannten Ostblocks gegenüber. Der fast totale Verzicht auf das Schaffen eines revolutionären Bewußtseins im Volke, die Entfremdung des bürokratischen Parteiapparates von den Massen führten schließlich von der Diktatur des Proletariats - vertreten in den Kommunistischen Parteien - zu einer Diktatur der Partei über das Proletariat. Eine hoffnungsvollere Perspektive wird uns in der VR China eröffnet. Die enge Verbindung der Partei mit den Volksmassen - ermöglicht durch die Diskussion auf der Basis der permanenten Kritik und Selbstkritik der Kader und der Massen -, die daraus resultierende Selbstorganisation der bewußten Bevölkerungsteile in den regionalen Revolutionskomitees, das Übergreifen der Revolution auf alle Bereiche des Überbaus, lassen uns auf eine bessere sozialistische Zukunft hoffen.

DEUTSCHE PFADFINDERSCHAFT ST. GEORG: Die Eskalation der Rüstungsmaschinerie lenkt auch in den sozialistischen Staaten von der Befriedigung aller Chancen des Bürgers ab. Um diesen gesellschaftlichen Widerspruch - der allerdings aufgezwungen ist - zu übertünchen, haben sich diese Länder teilweise auf kapitalistische Zugeständnisse eingelassen, teilweise unterdrücken sie Kritik durch autoritäre Gewalt. Die Funktionärseliten haben sich bürokratisiert und vom Volk abgelöst. So entstanden auch hier irrationale Privilegien. "Die neue Klasse" regiert. Beide Beispiele zeigen, daß das sozialistische Konzept verwässert und die Gesellschaft erstarrt ist. Es bleibt zu hoffen, daß die Entwicklung in der CSSR ein neues Exempel wird, das - wie Robert Havemann meint - zeigt, daß Sozialismus und Demokratie wesensverwandt sind.

CHRISTLICHER FRIEDENSDIENST: Wir lehnen es ab, uns dadurch bei Establishment und Bevölkerung "glaubwürdig" zu machen, daß wir uns von der politischen Praxis der kommunistisch regierten Länder erst einmal a priori "distanzieren". Man hat uns oft gesagt, auch von eigenen Weggenossen aus, wir gehörten nicht hierher, sondern "auf die andere Seite"; aber das beruht nur noch auf der aufrechterhaltenen Verkennung der Interessenlage Westberlins und der Erfordernisse seiner friedlichen und demokratischen Weiterentwicklung. Kultur-, erziehungs- und wirtschaftspolitisch ist viel von den osteuropäischen Ländern einschließlich der DDR zu lernen, z. B. im Hinblick auf polytechnische Erziehung und halbsozialisierte Unternehmen in Industrie und Handel, nicht zuletzt auch bezüglich der materiellen und sozialen Stellung von Wissenschaftlern, Künstlern und Schriftstellern.

SOZIALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND: Die Diskussion über das Verhältnis von progressiven sozialistischen Gruppen in den kapitalistischen Ländern und der sozialistischen Praxis in den kommunistisch regierten Ländern wurde zuerst in der APO verdrängt. Ihren Grund hatte diese Verdrängung nicht so sehr in der Unfähigkeit, diese Diskussion zu führen oder in einer unkritischen Haltung gegenüber der sozialistischen Praxis, sondern in der Schwierigkeit, in einem antikommunistischen Klima, wie es in der Bundesrepublik und besonders in Westberlin besteht, eine differenzierte sozialistische Opposition gegenüber der sozialistischen Praxis der kommunistisch regierten Länder zu artikulieren. Durch die Frage nach dem Verhältnis der APO zur SED-Westberlin und auch durch die Ereignisse in der CSSR und Warschau begann dann aber die intensive Auseinandersetzung. Mit diesen beiden Problemen werden auch gleich die beiden gegensätzlichen Positionen sozialistischer Praxis angesprochen: Die stalinistische Praxis in der DDR einerseits, die zur Zeit noch experimentelle Verbindung von Demokratie und Sozialismus in der CSSR andererseits. Weder die Selbstbestimmung noch die Einheit von wirtschaftlicher Ordnung und Struktur der Gesellschaft ist - unter der zum Teil begründeten Angst vor dem Druck von außen - in der DDR verwirklicht. Wie groß die Angst vor einer offenen Auseinandersetzung der SED-Regierung ist, mußte der SHB bei Kontaktgesprächen mit FDJ-Funktionären erfahren. Gleichzeitig ist eine Tendenz auch in der DDR sichtbar, die den Dogmatismus abbauen könnte: im wirtschaftlichen Bereich sind Ansätze zur Selbstbestimmung zu beobachten, die, sollte die Trennung von Wirtschaft und politischer Ordnung aufgehoben werden, den Führungsanspruch der Partei zugunsten funktionaler Autorität abbauen würde.

NEUER ROTER TURM: In all diesen Ländern hat das Proletariat die Macht an eine neue Bürokratie verloren, die jedoch keine neue Klasse ist. Die Aufgabe besteht daher nicht in der sozialen, sondern in der politischen Revolution der Arbeiterklasse zur Wiederherstellung bzw. Errichtung der proletarischen Räte-demokratie. In Kuba ist die Frage der Bürokratisierung noch nicht entschieden. Letztlich wird jedoch auch dort nur die Schaffung von Machtorganen der Arbeiter verhindern können, daß die Revolution entartet.

EUROPÄISCH-FÖDERALISTISCHER STUDENTENVERBAND: Wir sehen die CSSR z. Zt. als beispielgebend an, indem sie die abzulehnenden Praktiken wie z. B. Meinungseinschränkung, Überwachung und Scheingerichtsverhandlungen (vgl. etwa Schriftstellerprozesse in Moskau) aufhebt. Begrüßenswert also aus unserer Sicht: Abwendung vom stalinistischen System, Abbau der Verbürokratisierung. Orthodoxester und "beschränktester" Staat unseres Erachtens die DDR; z. T. vielleicht Ergebnis auch der Bonner Nichtanerkennungstaktik (quasi Igelstellung?)

AUD: Die AUD hat nicht die Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zu mischen. Der Stalinismus, vergleichbar mit dem Faschismus, ist noch nicht in allen Ländern überwunden. Insbesondere sind die Herrschaftsstrukturen der DDR mit der Bundesrepublik vergleichbar.

HUMANISTISCHE UNION: Siehe Antwort auf Frage 2.

DEUTSCHE JUNGDEMOKRATEN: Wir begrüßen die Demokratisierungsprozesse (CSSR, Rumänien, Ungarn) und meinen, daß sich langfristig in ost- und westlichen Ländern ein annähernd gleiches Demokratie-Verständnis entwickeln wird.

I N F O R M A T I O N E N   Z U R   Z E I T

In ihrer aktuellen Reihe "Informationen zur Zeit" stellt die Fischer Bücherei zur Diskussion:

Analysen - Interpretationen - Dokumente - Materialien

- Das rote Buch. Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung. Band 857, DM 2.80  
Eric Rouleau/Jean-Francois Held/Jean und Simonne Lacouture: Die dritte Schlacht, Israel und die Araber. Band 948, DM 2.80  
Vorbereitung auf den Notstand? 10 Antworten auf eine aktuelle Frage. Band 858, DM 2.80  
Friedrich Mager/Ulrich Spinnarke: Was wollen die Studenten? Band 949, DM 2.80  
Dietrich Rollmann (Hrsg.): Strafvollzug in Deutschland, Situation und Reform, Band 841, DM 3.80  
Jürgen Baumann (Hrsg.): Programm für ein neues Strafgesetzbuch. Der Alternativ-Entwurf der Strafrechtslehrer. Band 952, DM 2.80  
Hans Roeper: Geschichte der D-Mark. Band 890, DM 2.80  
Hans Dieter Jaene: Der Spiegel. Ein deutsches Nachrichten-Magazin. Band 905, DM 2.80  
Wilhelm Wolfgang Schütz: Deutschland-Memorandum. Eine Denkschrift und ihre Folgen. Band 903, DM 2.80  
Peter Bender: Zehn Gründe für die Anerkennung der DDR. Band 951, DM 2.80  
Kommunistische Parteien im Westen. England, Frankreich, Italien, Skandinavien. Band 907, DM 3.80.  
Arthur M. Schlesinger: Das bittere Erbe. Vietnam - Prüfstein der Demokratie. Band 902, DM 2.80  
Claus Michael Naether: Ein Kontinent sucht die Freiheit. Afrika zwischen den Großmächten. Band 950, DM 2.80  
Martin Luther King: Wohin führt unser Weg? Chaos - oder Gemeinschaft. Band 937, DM 2.80  
Der Fall CSSR. Strafaktion gegen einen Bruderstaat. Eine Dokumentation. Band 964, DM 2.80  
Heinz Rudolf Sonntag (Hrsg): Che Guevara und die Revolution. Band 896, DM 2.80

In Vorbereitung:

- Lothar Schmidt/Dieter Thelen: Hochschulreform. Gefahr im Verzuge? Band 1011, DM 2.80  
Haug/Maessen: Was wollen die Schüler? Politik im Klassenzimmer. Band 1013, DM 2.80  
Urs Jaeggi: Wer herrscht in der Bundesrepublik? (Arbeitstitel) Band 1014, DM 2.80  
Helmut Schauer: Die Zukunft der Gewerkschaften. (Arbeitstitel) Band 1016, DM 2.80  
Antihierarchische Opposition (Arbeitstitel) Band 1012, DM 2.80  
Stokely Carmichael/ Ch. V. Hamilton: Black Power, Band 1017, DM 2.80

F I S C H E R   B Ü C H E R E I

WIR SIND ZU DRITT (zwei männlich, einmal weiblich) und suchen eine Wohnung: 3 bis 4 Zimmer, geräumig und hell, Küche und Inntoilette. Mietpreis bis DM 350.-. Wir wären bereit, bis DM 200.- als Vermittlergebühr dem zu bezahlen, der uns eine solche Wohnung verschafft.

OKKUPANT GESUCHT für rotlackierten Skoda Popular aus der Novotny-Ära (Baujahr 63), durch Reparaturen auf Reformkurs gebracht (TÜV bis August 70), dennoch in uferloser Fehlerdiskussion leicht verschlissen (Schaltung defekt). Sehr preisgünstig abzugeben. Auskunft unter 86 21 89 beim EXTRA-Dienst.